



LIBRARIES

UNIVERSITY OF WISCONSIN-MADISON

Demokratischer Wirtschaftsaufbau. [1946]

Ulbricht, Walter, 1893-1973

Berlin: Verlag J.H.W. Dietz Nachf., [1946]

<https://digital.library.wisc.edu/1711.dl/BC3G6W5FBZUMT8Z>

Copyright by Verlag JHW Dietz NACHF, GMBH, Berlin.

For information on re-use see:

<http://digital.library.wisc.edu/1711.dl/Copyright>

The libraries provide public access to a wide range of material, including online exhibits, digitized collections, archival finding aids, our catalog, online articles, and a growing range of materials in many media.

When possible, we provide rights information in catalog records, finding aids, and other metadata that accompanies collections or items. However, it is always the user's obligation to evaluate copyright and rights issues in light of their own use.

4

Walter Ulbricht

**Demokratischer
Wirtschafts-
aufbau**

VERLAG JHW DIETZ NACHF. BERLIN



WALTER ULBRICHT

DEMOKRATISCHER
WIRTSCHAFTSAUFBAU



VERLAG JHW DIETZ NACHF. • BERLIN

COPYRIGHT BY VERLAG JHW DIETZ NACHF. GMBH, BERLIN
PRINTED IN GERMANY
ALLE RECHTE VORBEHALTEN
DRUCK: Nr. 2 MITTELDEUTSCHE DRUCKEREI
UND VERLAGSANSTALT GMBH, ZWEIGSTELLE KOTHEN

REDE VON WALTER ULBRICHT

Mitglied des zentralen Einheitsausschusses
der drei antifaschistisch - demokratischen
Parteien und des Parteivorstandes der
Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands

gehalten auf der Wirtschaftskonferenz für
Groß-Thüringen am 14. Juli 1946 in Jena.

Die Konferenz war einberufen von der
Sozialistischen Einheitspartei, der Christlich-
Demokratischen Union und der Liberal-
Demokratischen Partei. Es nahmen etwa
1000 Vertreter, Betriebsleiter landeseigener
Betriebe, Unternehmer, Betriebsräte, Gewerk-
schaftler, Handwerker, Vertreter der Ver-
einigung der gegenseitigen Bauernhilfe und
Vertreter der technischen Intelligenz teil.

In der Diskussion sprachen Vertreter der
drei Parteien und Männer und Frauen aus
den verschiedenen Schichten des Volkes.
Die Konferenz zeigte die Festigung der Ein-
heitsfront der demokratischen Kräfte und
den Willen zur Zusammenarbeit auf dem
Gebiet der Wirtschaftspolitik.



HOCHVEREHRTE ANWESENDE!

Mehr als ein Jahr ist vergangen, seitdem die Hitlerherrschaft durch die Truppen der Alliierten beseitigt wurde. Seit dieser Zeit hat unser schaffendes Volk in gemeinsamen Anstrengungen das normale Leben wieder in Gang gebracht und die ersten Schritte zu einem Neuaufbau der deutschen Wirtschaft getan. Mancher, der vor einem Jahr verzweifelt geglaubt hatte, der Sturz des Nazisystems bedeute auch die Vernichtung Deutschlands, hat inzwischen einsehen gelernt, daß der Sturz der faschistischen Tyrannei keineswegs das Ende Deutschlands ist. Deutschland — das ist das schaffende deutsche Volk! In den Händen unseres deutschen Volkes liegt die Zukunft Deutschlands, das heißt alles hängt davon ab, ob unser Volk die Lehre aus der Geschichte zieht und die Erkenntnis und die Kraft aufbringt, nicht nur den Faschismus endgültig zu vernichten, sondern eine neue demokratische Ordnung aufzubauen. Es wird sich jetzt erweisen, ob unser Volk die Fähigkeit hat, den alten Weg imperialistischer Eroberungskriege, der Deutschland zweimal in die Katastrophe geführt hat, für immer zu verlassen und endgültig den Weg der friedlichen Arbeit, des demokratischen Neuaufbaus zu beschreiten.

All unser Denken und Handeln muß daher vom Willen zur Sicherung des Friedens geleitet sein. Deshalb ist die Vernichtung der Macht der Kriegs-

und Naziverbrecher in unserer Heimat die Vorbedingung des Neuaufbaus. Solange z. B. die Herren der Konzerne und Großbanken im Besitz ihrer materiellen Machtmittel sind, mit deren Hilfe sie ihre Kriegsverbrechen begangen haben, würde der Aufbau unvermeidlich zur Stärkung ihrer Macht führen. Es kommt hinzu, daß in diesem Falle die Kriegsverbrecher obendrein ihre Macht benutzen würden, die Lasten des Krieges und seine Folgen dem Volke aufzubürden.

Es wäre ein Irrtum, wenn z. B. Wirtschaftler glauben würden, die Hauptsache sei, daß mehr produziert wird. Das ist gewiß sehr wichtig, aber vergessen wir nicht, daß auch nach dem ersten Weltkriege mehr produziert wurde — zum Nutzen der großen Konzern- und Bankherren und der Syndikate. Die Macht dieser Kreise wurde gestärkt, und sie setzten ihre alte Politik fort. Deshalb ist es notwendig, daß nach den Erfahrungen aus zwei Weltkriegen nicht einfach wieder aufgebaut wird, sondern daß man etwas Neues aufbaut, daß man eine neue, demokratische Ordnung schafft und im Rahmen dieser Ordnung die Demokratisierung der Wirtschaft durchführt. Das ist auch die Voraussetzung für die Herstellung normaler Beziehungen zu den anderen Völkern. Die Lösung dieser Aufgabe ist nur durch die Einheit der Arbeiterschaft und durch den Block aller demokratischen Kräfte in unserem Volke möglich. Bisher war es in der deutschen Geschichte so, daß sich die Kriegsverbrecher stets gegen das Volk einig waren. Jetzt muß sich das Volk gegen die Kriegsverbrecher und die antidemokratischen Elemente einigen. Das ist die Grundbedingung für die Sicherung der Zukunft unseres Volkes.

Wir können feststellen, daß in der verhältnismäßig kurzen Zeit seit dem Sturze der Hitlerherrschaft das normale Leben in Gang gekommen ist. Es ist gelungen, in einem Teile Deutschlands die Macht der

Kriegsverbrecher und Faschisten zu zerbrechen, so daß wir jetzt in der Lage sind, die demokratische Ordnung zu festigen. Dafür sind jetzt die Vorbedingungen gegeben. Die schlimmsten Kriegsfolgen sind zum Teil überwunden. Die Demontage als eine Folge des Krieges ist in der sowjetisch besetzten Zone beendet, mit Ausnahme von bestimmten Betrieben der chemischen Industrie, über die der Interalliierte Kontrollrat unmittelbar entscheidet.

Wir können mit Stolz auf das große Werk der demokratischen Bodenreform blicken, durch das die Macht der militaristischen Großgrundbesitzer beseitigt und die demokratische Entwicklung auf dem Lande gesichert wurde. Die Selbstverwaltungsorgane sind im großen und ganzen aufgebaut, und es kommt jetzt darauf an, den Stadt- und Gemeindeverwaltungen und den neuen Wirtschaftsorganen mehr demokratischen Inhalt zu geben, sie zu festigen und die aktivere Mitarbeit des Volkes herbeizuführen.

Um die Einheit Deutschlands

Die wichtigste Bedingung für die Entwicklung der demokratischen Ordnung ist die Sicherung der Einheit Deutschlands. Ich glaube, das größte Hindernis für die Entwicklung der Wirtschaft und die Verbesserung der Lebensbedingungen unseres Volkes sind die föderalistischen und separatistischen Bestrebungen, die in einzelnen Teilen Deutschlands vorhanden sind. Der Plan der Aufteilung Deutschlands in 11 oder 13 Staaten, wie er in einigen Gebieten propagiert wurde, das Bestreben bestimmter führender Persönlichkeiten in Bayern, in Württemberg und einigen anderen Gebieten, selbständige Staaten zu bilden, Verfassungen zu beschließen, in denen der Name Deutschland völlig fehlt,

ist ein Schlag gegen das gesamte deutsche Volk. (Zustimmung und Beifall.)

Der Vertreter einer französischen Presseagentur, der seinen Sitz in Moskau hat, schrieb in einer Mitteilung vom 8. Juli, daß „die Aufsplitterung des deutschen Bodens in kleine Staaten, die nur ‚Landsknechtsstaaten‘ wären und bereit sein würden, sich zu verkaufen, ganz gleich, wer einen Krieg unternimmt“, das Charakteristische für die Stellungnahme gewisser Politiker sei. Ich glaube, diese Charakteristik ist sehr zutreffend. Es handelt sich um gewisse Kreise, die unter der Losung des Föderalismus eine Aufsplitterung Deutschlands in kleine Staaten herbeiführen wollen, die nichts anderes als Landsknechtsstaaten wären und bereit sein würden, sich an diesen oder jenen Meistbietenden zu verkaufen.

Es ist bedauerlich, daß es sogar einige Vertreter der deutschen Intelligenz gibt, die sich in den Dienst einer solchen Propaganda gestellt haben. Der hochgeachtete Professor Weber aus Heidelberg hat kürzlich einen Aufsatz veröffentlicht, in dem er nicht die Kriegsverbrecher und die aktiven Faschisten als die Hauptgefahr bezeichnet, sondern von einem „totalitären Bürokratismus“ als Hauptgefahr spricht. Er empfiehlt, daß das Ruhrgebiet einer internationalen Kontrolle unterstellt werde, ohne zu sagen, wie das deutsche Volk an dieser Verwaltung beteiligt sein soll. Die Aufteilung Deutschlands in föderative Staaten nennt er „den ersten Schritt zu einer europäischen Föderation“ (Lachen); mit anderen Worten: er propagiert unter der schönen Losung der „Europäischen Föderation“ das Recht der einzelnen deutschen Staaten, sich dieser oder jener Großmacht anzuschließen.

Wir glauben, daß dieser Weg falsch und verhängnisvoll für unser deutsches Volk wäre. Eine solche Auffassung von der Zukunft Deutschlands bedeu-

tet, die Zukunft Deutschlands aufs Spiel zu setzen und in der Tat Deutschland als Staat zu liquidieren; denn niemand soll sich einbilden, daß ein Deutschland in einer sogenannten Föderation europäischer Staaten, gleichgültig unter dem Einfluß welcher Großmacht, irgendwelches Selbstbestimmungsrecht habe.

Wir glauben also, daß der erste Grundsatz in der Durchführung unserer demokratischen Politik der Kampf gegen den Föderalismus und das Ringen um die Sicherung der Einheit Deutschlands ist. Wir sind deshalb froh, daß auf der Pariser Konferenz Außenminister Molotow in seiner Rede Vorschläge unterbreitete, die die Zukunft Deutschlands als eines einheitlichen Staates gewährleisten. Er sagte in seiner Rede, man müsse dafür sorgen,

„daß Deutschland ein demokratischer und friedliebender Staat wird, mit einer entwickelten Landwirtschaft, Industrie und einem entwickelten Außenhandel, aber dem die Möglichkeiten genommen werden, wieder als aggressive Macht aufzuerstehen.“

Damit wird uns ausdrücklich eine entwickelte Landwirtschaft, Industrie und ein entwickelter Außenhandel zugesichert. In diesem Zusammenhang betont Außenminister Molotow:

„Es ist nicht schwer, zu verstehen, daß Deutschland ohne Ruhrgebiet nicht als selbständiger und lebensfähiger Staat bestehen kann.“

In der letzten Zeit hat es viele Diskussionen über den Produktionsplan der Alliierten Kontrollkommission für Deutschland gegeben. Zu dieser Frage erklärte Außenminister Molotow:

„Damit die Entwicklung der friedlichen Industrie Deutschlands auch anderen Völkern, die deutsche Kohle, Metall und deutsche Erzeugnisse brauchen, Nutzen bringen kann, muß man Deutschland das

Recht der Ausfuhr und Einfuhr sichern, wobei wir im Falle der Verwirklichung dieses Rechtes des Außenhandels keine Schranken für eine Steigerung der Erzeugung von Stahl, Kohle und Industriewaren zivilen Charakters in Deutschland errichten sollen.“

Das heißt: wenn die großen Konzerne liquidiert sind und die Entmilitarisierung durchgeführt ist, besteht nach diesen Zusicherungen die Möglichkeit der Steigerung der Erzeugung der deutschen Industrie über das vom Kontrollrat festgelegte Produktionsoll hinaus.

Am Ende seiner Rede äußerte sich Außenminister Molotow zur künftigen Bildung einer deutschen Regierung:

„Die zukünftige deutsche Regierung muß eine demokratische Regierung sein, die imstande sein wird, die Reste des Faschismus in Deutschland auszurotten und die gleichzeitig fähig sein wird, die Verpflichtungen Deutschlands den Alliierten gegenüber zu erfüllen, darunter und vor allem muß sie die Erfüllung von Reparationslieferungen an die Alliierten gewährleisten. Erst wenn man sich überzeugt hat, daß die neue deutsche Regierung imstande ist, mit diesen Aufgaben fertig zu werden und sie wirklich ehrlich in die Tat umsetzt, nur dann wird man ernsthaft vom Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland sprechen.“

Aus dieser Rede geht klar hervor, daß die Zukunft Deutschlands in unseren Händen liegt. Wenn Außenminister Molotow gegenüber den Bestrebungen gewisser Föderalisten darauf hinweist, daß die Frage der Struktur und der Gestaltung Deutschlands eine Frage des deutschen Volkes sei, und erklärt, daß über die Struktur Deutschlands evtl. durch einen Volksentscheid die Meinung des Volkes festgestellt werden müsse, so zeigt das, daß das Schicksal unseres Heimatlandes in unseren eigenen Händen liegt, daß es von

unserer Einheit und unserem zielbewußten demokratischen Handeln abhängt, was aus Deutschland wird.

Gewissermaßen der Hebel zur Lösung der Lebensfragen Deutschlands scheint mir die Einigung der Arbeiterschaft und des deutschen Volkes selbst zu sein. Das Bedeutungsvolle auch an dieser Tagung ist, daß hier Männer und Frauen aus den verschiedenen Schichten des Volkes zusammengekommen sind, daß die Vertreter der Arbeiter, der Angestellten, der demokratischen Selbstverwaltung, der Unternehmer und der Handwerker gemeinsam über den weiteren Weg des Neuaufbaus Deutschlands beraten. Wir können nur den Wunsch aussprechen, daß es gelingen möge, eine solche Zusammenarbeit auch in den anderen Teilen Deutschlands zu erreichen. Denn solange wir uns als Deutsche nicht einig sind, können wir nicht erwarten, daß sich andere über die weitere Zukunft Deutschlands in dem Sinne einigen könnten, wie wir es wünschen! (Lebhafter Beifall.)

Warum Enteignung der Kriegsverbrecher?

Beim Neuaufbau des deutschen Hauses muß man mit der Sicherung des Fundaments beginnen. Man kann nicht mit der Reparatur des Hauses beginnen, solange faule Stellen im Fundament sind. Solche faule Stellen waren die Positionen der militaristischen Großgrundbesitzer, Konzern- und Bankherren und anderer Kriegsverbrecher mit und ohne Nazimitgliedsbuch. Es wird in manchen Kreisen die Meinung vertreten, diese Sicherung des Fundaments des deutschen Hauses könne man später, etwa nach Bildung eines deutschen Parlaments durchführen. Das ist die alte Taktik der Reaktion, die sie nach dem ersten Weltkrieg mit Erfolg angewandte. Sie will Zeit gewinnen. Die großen Kriegs-

interessenten wollen ihre Machtposition halten, damit sie die demokratische Entwicklung hindern und mit Hilfe ihrer Finanzmacht und durch Ausnutzung ihrer Druckereien und Papierfabriken das Volk weiter betrügen können.

Die großen Kriegsinteressenten lassen sich jetzt umtaufen. Sie treten in der Maske von „Experten“, von „Fachleuten“ auf. Auf diese Weise hoffen sie, ihre Position zu halten und sabotieren den Wirtschaftsaufbau. Wir glauben, daß es in Deutschland genügend Ingenieure, Techniker und Angestellte, Betriebsräte und Gewerkschaftsfunktionäre gibt, die genügend Fachkenntnis haben, um diese „Experten“ der Kriegswirtschaft zu ersetzen. Erst dann, wenn solche Männer die leitenden Posten der Wirtschaft innehaben, die nicht zu den Verfechtern der imperialistischen Eroberungspolitik gehören, erst dann kann von einer ernsthaften Umstellung in der deutschen Wirtschaft gesprochen werden.

Eine Verzögerung der Säuberung von Verwaltung und Wirtschaft von aktiven Nazis und anderen Kriegsverbrechern würde das Mißtrauen der anderen Völker gegen Deutschland stärken. Wer in der Welt wird unseren Worten Glauben schenken, solange wir nicht durch die Tat bewiesen haben, daß die Kriegs- und Naziverbrecher entmachtet und enteignet sind? Die Enteignung der Betriebe der Kriegsverbrecher und der aktiven Nazis ist aber die Voraussetzung einer demokratischen Entwicklung. Sie ist ein Akt der Gerechtigkeit, weil:

1. die aktiven Verfechter der Kriegspolitik ungeheure Verbrechen begingen — dafür erhalten sie die gerechte Strafe,
2. das gesamte Vermögen der Kriegs- und Naziverbrecher für die Beseitigung der Schäden des Krieges benutzt werden muß,

3. den Kriegs- und Naziverbrechern nicht die materiellen Mittel gelassen werden dürfen, die sie noch ein drittes Mal für die Vorbereitung und Provokation des Krieges benutzen würden,
4. diese Fachleute des Krieges den Neuaufbau eines friedlichen Deutschlands sabotieren.

Ich glaube, mit gutem Recht sagen zu können, daß das sächsische Volk einen außerordentlich großen Beitrag für die Sicherung der Zukunft Deutschlands geleistet hat (sehr richtig!), indem es vor der Pariser Konferenz den Willen zur Bestrafung der Kriegsverbrecher bekundete. Mit 77,7 % aller Stimmen hat es im Volksentscheid die Übereignung der Betriebe der Kriegsverbrecher an die Landesverwaltung beschlossen. Das ist ein wichtiges Zeichen für die Wandlung, die in unserem Volke vor sich geht. Durch den sächsischen Volksentscheid wurde ganz Deutschland das Beispiel gegeben, daß man die Kriegsverbrecher enteignen muß, damit eine friedliche Entwicklung gesichert werden kann.

Ich weiß, daß im Zusammenhang mit der Frage der Übereignung der Betriebe behauptet wurde, die Enteignung der Kriegsverbrecher richte sich gegen das Privateigentum. Diese Behauptung widerspricht den Tatsachen. Zwar wurden die Großbetriebe und ein großer Teil der Mittelbetriebe der Kriegs- und Naziverbrecher in die Hände der Länder bzw. der Provinzen oder der Genossenschaften übereignet, aber die Kleinbetriebe wurden durchweg in Privateigentum gegeben. Selbst die Kleinbetriebe der früheren nominellen Nazis, soweit sie beschlagnahmt waren, werden ihnen als privates Eigentum zurückgegeben. Wenn in Thüringen z. B. 47 Konzernbetriebe mit 129 Tochtergesellschaften oder Zweigniederlassungen beschlagnahmt wurden, die jetzt der Landesverwaltung übereignet werden sollen, so ist das zweifellos ein Fortschritt auf dem Wege zur Sicherung

des Friedens. Wenn insgesamt etwa 1300 Betriebe der Industrie übereignet und 1000 Betriebe zurückgegeben werden, so zeigt das, daß Garantien geschaffen werden, damit nicht gewisse Kreise ihre alte Politik fortsetzen können. Aber die Betriebe, die nicht von öffentlichem Interesse sind, werden nicht in die Hände der Landesverwaltung oder Gemeindeverwaltung überführt, sondern in Privateigentum. Selbstverständlich gibt es auch eine Reihe kleinerer Betriebe, die für die kommunale Wirtschaft von Interesse und Bedeutung sind. Es gibt in einer Reihe von Städten Bauhöfe, die weiterentwickelt werden müssen, um die Bauwirtschaft schneller in Gang zu bringen. Das bedeutet nicht etwa eine Beschränkung des privaten Bauwesens; denn dieses hat volle Entwicklungsmöglichkeit. Es werden also das kommunale Bauwesen und das private Bauwesen gleichzeitig weiter gefördert.

In diesem Zusammenhang gestatten Sie noch ein Wort zur Frage der Rückgabe der Betriebe an die kleinen nominellen Nazis! Warum geschieht das? Es wird damit zum Ausdruck gebracht, daß nach dem zweiten Weltkrieg nicht wie nach dem ersten die Kleinen dazu verurteilt werden, die Kriegslasten zu tragen. Diesmal sollen die Großen gehängt werden und nicht die Kleinen. Wir haben kein Interesse daran, den kleinen nominellen Nazis ihr Eigentum zu nehmen. Warum sollen wir sie in die Arme der Reaktion treiben? Sie sind betrogen worden. Sie werden jetzt die Lehre aus der Geschichte zu ziehen haben und hoffentlich durch ihre ehrliche Arbeit zeigen, daß sie das, was sie an Schuld auf sich geladen haben, wieder gutmachen wollen. Das ist unser Standpunkt in dieser Frage. Wir wollen es nicht so machen, wie es in einigen Gebieten geschehen ist, wo die großen Kriegsverbrecher in den Konzernbüros sitzen, aber die nominellen Nazis aus den Betrieben entfernt werden. So darf es nicht gehen. Es werden große Ablenkungsmanöver durch-

geführt; man will unser Augenmerk von den großen Kriegsverbrechern auf die Kleinen lenken. Wir wollen umgekehrt die Großen bestrafen und enteignen, aber die Kleinen in Ruhe lassen.

Die Enteignung ist eine demokratische Maßnahme, durch die die Kriegsverbrecher bestraft und zugleich die Vorrechte der Konzern- und Bankherren beseitigt werden. Es wäre falsch, solche Maßnahmen etwa durch Juristenkommissionen oder dergl. durchführen zu lassen. Das Wesen der Demokratie besteht nach unserer Auffassung darin, daß die Vertreter des Volkes selbst darüber entscheiden, welche Betriebe Kriegs- und Naziverbrechern gehören und welche nicht. Die Listen dieser Betriebe wurden gemeinsam von den Vertretern der drei antifaschistisch-demokratischen Parteien und der Gewerkschaften fertiggestellt.

Man hat von gegnerischer Seite hartnäckig das Gerücht verbreitet: jetzt kommen die Großen an die Reihe, und ein paar Monate später werden auch die Kleinen enteignet. Nun, die Erfahrungen bei der Durchführung der Bodenreform haben doch schon gezeigt, daß solche Behauptungen im Widerspruch zu den Tatsachen stehen. Auch während der Bodenreform wurde gesagt: nach den Großgrundbesitzern kommen die Groß- und Mittelbauern dran! Ich frage Sie: ist irgendwo ein Groß- oder Mittelbauer, es sei denn, daß er ein aktiver Nazi war, irgendwie angerührt worden? Mir scheint umgekehrt, daß es den Groß- und Mittelbauern gegenwärtig gar nicht so schlecht geht. Wir stehen also auf dem Standpunkt, daß das Privateigentum aller dieser Betriebe geachtet wird. Dasselbe gilt für die privatkapitalistischen Betriebe in der Industrie. Wir wissen sehr gut, daß es in der Zeit nach dem Sturze des Faschismus notwendigerweise eine Menge Zwangsmaßnahmen gegeben hat. Den Unternehmern wurden Rohstoffe beschlagnahmt usw. Manche Unternehmer

haben gefragt: Wie wird das weitergehen? Wir glauben, daß man jetzt offen darüber sprechen kann, wie es weitergeht. Im Zusammenhang mit der Übereignung der Betriebe der Kriegs- und Naziverbrecher wird eine gewisse Ordnung geschaffen. Jeder weiß jetzt, welche Betriebe der Landes- oder Kommunalverwaltung gehören und welche Betriebe Privateigentum sind und auch bleiben werden. Niemand hat das Recht, diese Betriebe zu beschlagnahmen oder zu enteignen, es sei denn, es liegt ein offizieller Gerichtsbeschluß vor. Aber kein Bürgermeister und kein Landrat hat künftig von sich aus das Recht, Betriebe zu beschlagnahmen. Nachdem jetzt die Demontage beendet ist und festgelegt ist, welche Betriebe zur Liste A oder zur Liste C gehören, muß Klarheit darüber bestehen, daß alle anderen Betriebe die Möglichkeit erhalten müssen, sich frei zu entwickeln, daß die Unternehmer, soweit das im Rahmen der jetzigen Rohstoffknappheit möglich ist, aus eigener Initiative ihre Betriebe in Gang bringen und über den Rahmen der Produktionsaufträge hinaus die Produktion steigern können und steigern sollen.

Was ist demokratischer Wirtschaftsaufbau?

Man hat uns die Frage gestellt: Was versteht ihr unter demokratischer Wirtschaftspolitik und welche Gründe geben Veranlassung, jetzt einen demokratischen Wirtschaftsaufbau durchzuführen? Wir gehen von den besonderen Entwicklungsbedingungen in Deutschland aus.

Im Verlauf von 25 Jahren haben die Herren der Konzerne, Banken, des Großgrundbesitzes und die alte und neue militaristische Bürokratie zweimal Deutschland in die Katastrophe gestürzt. Unser

Volk hat es teuer bezahlt, daß es diesen Wölfen im Schafspelz gefolgt ist, die die Welteroberung verkündeten, aber in Wirklichkeit Deutschland ruinierten. Nachdem sich der Weg imperialistischer Eroberungen als verhängnisvoll erwiesen hat, kann es nur einen Weg geben, den Weg friedlicher Arbeit. Dieser Weg muß zunächst frei gemacht werden von den Stellungen der bankrotten Kriegsinteressenten.

Eine Ursache für die Stärke der reaktionären, ewig kriegslüsternden Machthaber in Deutschland ist die Tatsache, daß die bürgerlich-demokratische Revolution in Deutschland bisher nicht beendet wurde. Zu der Zeit, als der Kampf gegen den feudalen Grundbesitz auf der Tagesordnung stand, haben die demokratischen Kräfte im deutschen Volk nicht die Fähigkeit aufgebracht, die feudalen Machtpositionen zu beseitigen. Deshalb konnte der preußische Militarismus so lange in Deutschland herrschen. Erst jetzt nach dem Sturze des Hitlerregimes wurde mit einigen hundert Jahren Verspätung die Bodenreform in Deutschland durchgeführt. Auch die Säuberung der Verwaltung von den alten reaktionären, halbfeudalen Kräften erfolgte in Deutschland nicht zur gegebenen Zeit. In der bürgerlich-demokratischen Revolution vom Jahre 1848 wurden die Machtpositionen der feudalen Kräfte nicht beseitigt. Erst jetzt in Verbindung mit der Tatsache, daß die reaktionären Kräfte den Weg bis zum Faschismus gegangen sind — dieser Weg war für sie ideologisch nicht sehr weit; denn von der Ideologie des alten preußischen halbfeudalen Beamten bis zum Führerprinzip Hitlers ist kein sehr weiter Weg —, wurde die demokratische Säuberung der Verwaltung durchgeführt. Wir müssen also zunächst diese bisher versäumten Aufgaben der bürgerlich-demokratischen Revolution lösen.

Naturgemäß erfolgt nach zwei Weltkriegen die Vollendung der bürgerlich-demokratischen

Revolution unter besonderen Bedingungen. Zugleich mit der Vernichtung der Macht des preußischen Militarismus steht die Aufgabe der Vernichtung der Macht der großen Konzerne und Banken. Eine weitere Besonderheit ist die Tatsache, daß zurzeit der bürgerlichen Revolution im Jahre 1848 das Bürgertum die führende Kraft war, aber nachdem die alten bürgerlichen Parteien versagt hatten, geht jetzt der demokratische Neuaufbau unter entscheidendem Einfluß der Arbeiterschaft vor sich.

Warum noch nicht Sozialismus?

Es wäre falsch zu glauben, man könne gegenwärtig unmittelbar zum Sozialismus übergehen. Unter den Bedingungen der Besatzung kann man nicht den Sozialismus verwirklichen. Es gibt zwar verschiedene Parteien, die davon sprechen, aber ich möchte hier erklären, daß die Sozialistische Einheitspartei es für falsch hält, die demokratischen Maßnahmen, die gegenwärtig durchgeführt werden, als sozialistisch zu deklarieren. Schließlich kann man sich doch nicht der Illusion hingeben, daß verschiedene Besatzungsmächte, die gegenwärtig in Deutschland bestimmen, etwa die Errichtung des Sozialismus fördern wollen. Es wäre auch falsch, die Maßnahmen, die sich als Folgen des Krieges ergeben, z. B. die Rationierung usw., irgendwie mit einer sozialistischen Wirtschaftspolitik in Beziehung zu bringen.

Es fehlen auch eine Reihe anderer Voraussetzungen. Es fehlt die Einigung der Arbeiterschaft in ganz Deutschland; es fehlt die Einigung der fortschrittlichen demokratischen Kräfte. Würden wir in der sowjetisch besetzten Zone in der Durchführung unserer demokratischen Politik einen Schritt weitergehen, so bestände die Gefahr der Zerreißung Deutschlands. (Sehr gut!) Wir wollen den reaktionären Kräften

in anderen Zonen keinen Vorwand geben zur Weiterführung ihrer föderalistischen Politik. Alle Maßnahmen, die wir gegenwärtig im demokratischen Aufbau und in der Demokratisierung der Wirtschaft durchführen, müssen so erfolgen, daß sie in allen Teilen Deutschlands verwirklicht werden können. Es muß möglich sein und ist möglich, für diese Politik die Mehrheit des Volkes zu gewinnen, und wir sind überzeugt, daß das in ganz Deutschland gelingen wird. Das sind die Gründe, warum wir an der Durchführung dieses demokratischen Neuaufbaus Deutschlands festhalten. Das bedeutet keineswegs die Wiederholung des alten Weges der Weimarer Republik. Wir sagen offen, daß sich der Weg der Weimarer formalen Demokratie als unrichtig erwiesen hat. Wir müssen einen anderen Weg gehen.

Was ist der Unterschied zwischen der Weimarer Republik und der Hitlerherrschaft und einer fortschrittlichen Demokratie?

Der Unterschied besteht im folgenden: In der Weimarer Republik hatten die Großbanken, Konzerne und Syndikate nicht nur die wirtschaftliche, sondern damit auch die politische Macht in den Händen, d. h., die Regierungen waren von diesen Machthabern abhängig. Diese Herren hatten die Möglichkeit, durch die Politik der Harzburger Front den Faschismus zur Macht zu bringen.

Während der Hitlerherrschaft wurde die Macht der Konzerne, der Banken und des Rüstungskapitals so weit verstärkt, daß man von einem Verwachsen des großkapitalistischen Wirtschaftsapparats mit dem Staatsapparat sprechen kann. Es zeigte sich, daß der Nazismus die Diktatur der reaktionärsten,

räuberischsten Kreise des deutschen Konzern- und Bankkapitals war.

Die demokratische Ordnung, wie sie jetzt geschaffen wird, soll sich dadurch von allen anderen bisherigen Regierungssystemen unterscheiden, daß alles durch das Volk und alles für das Volk geschieht, daß die Vorrechte der Herren der Rüstungsindustrie und des Großgrundbesitzes beseitigt werden, daß die Vorrechte der Beherrscher der Papierfabriken, Druckereien usw., wie z. B. Herr Hugenberg, verschwinden, daß das volle Mitbestimmungsrecht der Werktätigen in Staat und Wirtschaft gesichert wird und daß faschistische und ähnliche reaktionäre oder imperialistische Organisationen nicht zugelassen werden. Ich verstehe unter Demokratie, daß auch die sogenannten großen Unternehmerorganisationen wie der Reichsverband der Deutschen Industrie, der Verband der Eisenhüttenleute, also die Organisationen, die früher das imperialistische Eroberungsprogramm vertreten haben, in der Demokratie keinen Platz mehr haben.

Was ist das Charakteristische der demokratischen Wirtschaftsordnung?

Das Charakteristische ist, daß die Organe der demokratischen Selbstverwaltung im Besitz der Bodenschätze und der wichtigen Betriebe sind und die Wirtschaft im Interesse des ganzen Volkes lenken. Das volle Mitbestimmungsrecht der Betriebsräte und Gewerkschaften, ihre Mitarbeit in den Wirtschaftsabteilungen bei den Selbstverwaltungsorganen, in den Industrie- und Handelskammern und den Handwerkskammern ist ein wichtiges Element der Demokratie.

In der demokratischen Wirtschaft gibt es verschiedene Arten von Betrieben:

1. Betriebe, die in den Händen des Volkes sind, die landeseigenen Betriebe, also die Betriebe, die den Kriegs- und Naziverbrechern weggenommen werden und die jetzt von Direktoren, die Demokraten sind und denen Verwaltungsausschüsse zur Seite stehen, geleitet werden;
2. privatkapitalistische Betriebe, die zahlenmäßig die Mehrheit bilden, und
3. Handwerksbetriebe, die selbstverständlich im Besitz der Handwerker bleiben und weiter gefördert werden müssen.

Es gibt also innerhalb der demokratischen Wirtschaftsordnung eine Gruppe landeseigener Betriebe, Betriebe des Bergbaus und andere Betriebe, die den Kriegsverbrechern beschlagnahmt und an die Landesverwaltung übereignet wurden. Daneben gibt es privatkapitalistische und Handwerksbetriebe. Das sind die Besonderheiten, und das ist der Unterschied gegenüber den anderen Wirtschaftsordnungen, die früher bestanden haben.

Man hat die Frage gestellt, ob in dieser demokratischen Wirtschaftsordnung die Entfaltung der Persönlichkeit genügend gesichert sei. Ich möchte sagen, daß erst jetzt in der demokratischen Wirtschaftsordnung die Entfaltung der Persönlichkeit möglich wird. Bisher konnte sich zwar die Persönlichkeit des einzelnen Unternehmers entfalten, aber jetzt wird auch die Möglichkeit geschaffen, daß sich die Persönlichkeitswerte der Angestellten, der Techniker, der Arbeiter und Gewerkschaftsfunktionäre in der Wirtschaft voll entfalten.

Dieser Entfaltung stehen allerdings einige Schwierigkeiten im Wege. Es gibt noch gewisse Kreise, die der Entfaltung der Persönlichkeitswerte sehr mißtrauisch gegenüberstehen. Das zeigt z. B. eine

Diskussion in der „Weser-Zeitung“ in Bremen über das Mitbestimmungsrecht in Betrieb und Wirtschaft. Der Generaldirektor der Jutespinnerei Bremen erklärt, indem er sich gegen das Mitbestimmungsrecht der Betriebsräte wendet, daß die Mitbestimmung weder zweckmäßig, noch durchführbar sei und sagt: „Die Entscheidung aber ist seine Sache (die Sache des Unternehmers); denn er allein trägt die Verantwortung und das Risiko, beides kann ihm niemand abnehmen.“ Selbstverständlich trägt in den privaten Betrieben der Unternehmer die Verantwortung, während sie in den landeseigenen Betrieben der Direktor und der Verwaltungsausschuß trägt. Also auch in den landeseigenen Betrieben hat der Direktor eine besondere, große Verantwortung. Wir legen besonderen Wert darauf, daß sich die Ingenieure, Arbeiter und Angestellten mitverantwortlich fühlen und aus eigener Initiative ihre Verbesserungsvorschläge machen und durch ihre Kritik helfen, Fehler zu beseitigen. Ich möchte sogar sagen, daß der Direktor und die Mitglieder des Verwaltungsausschusses eines landeseigenen Betriebes, die vorbildliche Arbeit leisten, höhere Persönlichkeitswerte zeigen als mancher Unternehmer, der es nur des Gewinnes wegen tut. Im übrigen wird das Nebeneinanderbestehen landeseigener und privatkapitalistischer Betriebe einen guten Qualitätswettbewerb ergeben.

Von größter Bedeutung ist das volle Mitbestimmungsrecht der Werktätigen in der Wirtschaft. Was wäre das für eine Demokratie, in der das werktätige Volk für die Entwicklung der Wirtschaft keine Verantwortung trägt? Selbstverständlich hat das schaffende Volk eine große Verantwortung, und die Vertreter der Gewerkschaften haben in der demokratischen Wirtschaft eine besondere Verantwortung. Sie haben eine Verantwortung dafür, daß die Rohstoffe richtig ausgenutzt werden, daß die Preise gehalten werden, daß die Produktivität der

Arbeit entwickelt wird, daß die Betriebe mehr produzieren, daß die Lage des Volkes verbessert wird. Aber sie haben auch dafür die Verantwortung, daß nicht etwa irgendwelche neue Versuche, Konzerne zu bilden und Experimente zur Vorbereitung von Kriegen zu machen, erfolgen. Das ist eine gemeinsame Verantwortung, die alle Schaffenden haben, und gerade deshalb ist das Mitbestimmungsrecht der Betriebsräte so wichtig. Durch diese demokratische Mitverantwortung werden die Fähigkeiten des einzelnen sichtbar. Junge Kräfte aus dem schaffenden Volk werden gefördert und die Persönlichkeitswerte entwickelt.

Welche Garantien sind in der deutschen Verfassung nötig?

Wir denken, daß auf Grund der bisherigen Erfahrungen auch in der künftigen deutschen Verfassung Garantien für eine solche demokratische Entwicklung geschaffen werden müssen. Sowohl die Verfassung der demokratischen deutschen Republik wie die Ergänzungsverfassungen der Länder bzw. Provinzen müßten auf wirtschaftlichem Gebiet Garantien für die Sicherung des Friedens und der Demokratie enthalten. Unser Volk will nicht die Fortsetzung des alten Kreislaufes Krise-Krieg-Krise-Krieg.

Es ist an der Zeit, daß sich unser Volk darüber Gedanken macht, wie in der Verfassung gesichert wird, daß nie wieder Konzernherren, Bankherren und Großgrundbesitzer ihre wirtschaftliche Macht zu egoistischen Zwecken gegen die Interessen der Nation ausnützen können. Deshalb wäre es im Interesse des Volkes und der Nation, verfassungsmäßig zu bestimmen, daß Großgrundbesitz (gemeint ist solcher über 100 ha) nicht in privaten Besitz sein kann. Dasselbe gilt

für die Bodenschätze, Eisenbahnen, Transport, Post, Telegraph, Radio.

Das Bestehen oder besser die Bildung von privaten Konzernen, Kartellen, Syndikaten oder Organisationen ähnlichen Charakters dürfte nicht erlaubt sein. Ausdrücklich müßte in der Verfassung gesagt werden, daß zum Wohl des Volkes und der friedlichen Arbeit eine Wirtschaftsplanung durchzuführen ist und daß die Betriebsräte und Gewerkschaften eine ihrer Bedeutung entsprechende Vertretung und volles Mitbestimmungsrecht besitzen müssen.

Solche Bestimmungen in der Verfassung würden keineswegs das Privateigentum treffen, wohl aber einer gefährlichen Entwicklung der wirtschaftlichen Macht großkapitalistischer Kreise einen Riegel vorschieben.

Die Demokratie darf nicht nur darin bestehen, daß man alle zwei oder drei Jahre einen Stimmzettel abgibt, sondern das Wesen der Demokratie besteht in der Beseitigung der Vorrechte gewisser großkapitalistischer Kreise und in der täglichen Mitarbeit der Vertreter des Volkes, auch in der täglichen Kritik an den Fehlern, die vorkommen. Das alles scheint uns die Grundbedingung für die weitere demokratische Entwicklung zu sein.

Die Bedeutung der Bodenreform und des Landwirtschaftsplanes

Was haben wir im Neuaufbau der Wirtschaft in dieser Richtung bis jetzt erreicht? Was haben wir besonders auf dem Gebiete der Landwirtschaft erreicht? Ich glaube, wir können sagen, daß es infolge der planwirtschaftlichen Politik in der Landwirtschaft, der Durchführung der Bodenreform und Schaffung eines

neuen demokratischen Apparats auf dem Gebiete der Versorgung gelungen ist, den Anschluß an die neue Ernte zu gewinnen. Wir wissen, daß es noch Schwierigkeiten gibt. Teile der Bevölkerung sind ungenügend mit Nahrungsmitteln versorgt. Aber immerhin ist das erreicht, was in keiner anderen Zone gelungen ist, nämlich daß die auf Karten versprochenen Lebensmittel auch geliefert werden. Man konnte also die Herabsetzung der Brotration auf 250 g, wie es in den anderen Zonen geschah, vermeiden. Die Tatsachen beweisen offenkundig, daß wir uns auf dem richtigen Wege befinden.

Was müssen wir tun, um auf diesem Wege weiter vorwärtszukommen und die Lage des Volkes zu verbessern? Ich glaube, daß im kommenden Ernährungsjahr eine Erleichterung eintreten wird. Im Landwirtschaftsplan für 1946 ist eine Erhöhung der Anbaufläche von 550 000 ha Ackerland vorgesehen. Für Kartoffeln ist die Anbaufläche um 236 000 ha größer als im Vorjahre. An Zuckerrüben sollen 83 900 ha mehr als im Vorjahr angebaut werden. Gemüse ist im Jahre 1938 41 300 ha angebaut worden, im Jahre 1946 121 300 ha. Auch der Anbau von Faser- und Gespinstpflanzen ist um 3600 ha erhöht worden. Es ist also gelungen, die Anbaufläche bedeutend zu vergrößern.

Können wir die Ergiebigkeit der Landwirtschaft noch steigern? Jawohl, das ist möglich, wenn wir mehr Stickstoff- und Phosphordünger bekommen, wenn bestimmte wissenschaftliche Erfahrungen ausgenutzt werden, wenn die Kleinbauern wenigstens teilweise zum Tiefumpflanzungsverfahren übergehen usw. Werden eine Reihe solcher Verbesserungen in der Landwirtschaft durchgeführt, so können wir den Ertrag bedeutend steigern. Schon in diesem Anbaujahr ist es besser geworden, und im nächsten können wir eine weitere Steigerung erreichen. Aber dazu ist erforderlich, daß die Landwirtschaft besser als bisher mit Geräten

und Ersatzteilen versorgt wird, d. h., daß in der Wirtschaftsplanung der Herstellung von landwirtschaftlichen Geräten und Ersatzteilen größere Aufmerksamkeit gewidmet wird und mehr Rohstoffe, also mehr Eisen und Stahl für die Herstellung landwirtschaftlicher Geräte usw. zur Verfügung stehen.

Wir können also sagen, daß sich nicht nur die Liquidierung des Reichsnährstandes und die Methode der Anbauplanung und Festlegung des Ablieferungssolls, sondern auch die Bodenreform absolut bewährt haben. Eine Zeitlang wurde davon gesprochen, die Bodenreform sei zu früh durchgeführt worden. Ich glaube, man kann richtiger sagen: sie ist einige hundert Jahre zu spät durchgeführt worden. (Zustimmung und Heiterkeit.) Aber ich frage Sie: Wenn wir die Bodenreform nicht so rechtzeitig durchgeführt hätten, was wäre dann mit der Versorgung der Industriestädte geschehen? Dann wäre ein Zustand eingetreten wie in einigen anderen Gebieten, wo sich die demokratischen Kräfte nicht aufs Dorf getrauen, weil dort die Faschisten die Herrschaft in Händen haben, und wo es reaktionäre Landräte gibt, die die Ablieferung der landwirtschaftlichen Produkte an die Industriegebiete verhindern. Solche Zustände haben wir dank der Durchführung der Bodenreform nicht. Die Bauern und Landarbeiter haben die alten faschistischen Verwalter und Großgrundbesitzer aus den Dörfern entfernt. Dadurch wurden die Voraussetzungen für eine demokratische Ordnung im Dorfe geschaffen.

Es ist eine falsche Auffassung, daß die Sicherung der Versorgung eine rein wirtschaftliche Frage ist. Solange noch Faschisten im Dorfe herrschen, kann es keine geordnete Versorgung geben, denn sie sabotieren. Also die Demokratisierung des Dorfes ist der erste Schritt zur Sicherung der Volksernährung (sehr gut!), und

dieser erste Schritt wurde zum richtigen Zeitpunkt getan. Auch außenpolitisch war der Zeitpunkt richtig. Jetzt kann man in Paris immerhin feststellen, daß in einem großen Teil Deutschlands die militaristischen Kräfte im Dorf entmachteter sind. Das ist ein großes Plus. Die anderen Völker können sich durch Tatsachen überzeugen, daß wir ernsthaft den Militarismus in Deutschland beseitigen.

In einigen Kreisen im Westen wurde gesagt: Nun ja, eine Bodenreform könnte man durchführen, aber viel später und nicht so schnell! Die Herren denken an die Erfahrungen nach dem ersten Weltkrieg. Damals hat man auch gesagt: Erst später! Erst brauchen wir eine Nationalversammlung, und dann werden wir schon sehen, ob wir nicht eine Mehrheit bekommen, damit die Fürsten ihre Abfindung erhalten. (Heitere Zustimmung.) Die Herren haben es sich so vorgestellt: Wenn man Zeit gewinnt, kann man es mit der Bodenreform machen, wie nach dem ersten Weltkrieg mit der Fürstenabfindung. (Sehr gut.) Nach unserer Meinung hat sich der Weg nach dem ersten Weltkrieg als falsch erwiesen. Deshalb steht nicht zuerst die Schaffung des Parlaments, sondern zuerst steht die Sicherung der Grundlagen der friedlichen und demokratischen Entwicklung. (Lebhafter Beifall.)

Die Bodenreform wurde demokratisch durchgeführt. 9500 Bodenkommissionen mit 52 388 Mitgliedern waren tätig, d. h. die Bauernschaft und die Landarbeiter haben mit Hilfe der demokratischen Landes- und Kreisverwaltungen die Bodenreform durchgeführt.

Die Gesamtfläche der enteigneten Güter betrug 2 254 436 ha, davon sind mehr als 730 000 ha Waldfläche. Ferner wurden 2330 Wirtschaften mit einer Gesamtfläche von 77 800 ha, die Kriegsverbrechern und aktiven Nazis gehört hatten, enteignet. Schließlich wur-

den noch 1010 Güter aus Staatsbesitz in den Bodenfonds überführt.

Der Gesamtfonds der Bodenreform betrug somit 2 717 056 ha. Bis 1. März 1946 erhielten 124 142 Landarbeiter und landlose Bauern 868 000 ha Acker und Wald zugeteilt. Auf jede neue Wirtschaft kommen durchschnittlich 7 ha.

136 600 landarme Bauern und Kleinpächter bekamen zu ihrem bisherigen Landbesitz insgesamt 335 000 ha Acker und Wald hinzu.

64 578 Umsiedler erhielten 566 000 ha Acker und Wald. Das sind durchschnittlich 8,8 ha je Wirtschaft.

56 864 Arbeiter, Angestellte und Handwerker erhielten als Parzellen eine Gesamtfläche von 47 000 ha zugeteilt.

In einer Reihe von Provinzen wurden, soweit die Möglichkeit bestand, Wald auch an Bauernwirtschaften von 5—15 ha, und zwar 1—3 ha pro Wirtschaft zugeteilt.

Es ist ein großer Erfolg, daß es gelungen ist so vielen Bodenbewerbern Land zu geben. Denken Sie daran, wieviel Umsiedler darunter sind, die jetzt wieder bodenständig geworden sind, und ihrer friedlichen Arbeit nachgehen! Wir glauben also sagen zu können: in einem Drittel Deutschlands wurde alles getan, um die landwirtschaftliche Produktion zu entwickeln und zu erreichen, daß im Dorf die demokratischen Kräfte die Führung in die Hände bekommen. Es ist einer der Hauptgesichtspunkte unserer demokratischen Politik, daß eine Veränderung im Dorfe Platz greift, daß die Vereinigungen der gegenseitigen Bauernhilfe, die nicht nur eine Vereinigung der Neubauern, sondern aller werktätigen Bauern werden mögen, zu der wirtschaftlich und politisch führenden demokratischen

Kraft im Dorfe werden. Ihren Geräteverleihstationen und Viehzuchtstationen muß man die notwendige Hilfe angedeihen lassen, um auf diese Weise die gesamte Landwirtschaft zu fördern. Ich glaube sogar sagen zu können, daß die Entwicklung der Demokratie im Dorfe für manche Städte vorbildlich ist. Wenn jetzt die Bauern mit ihren Vorschlägen und ihrer Kritik auftreten, auch offen sagen, wenn der Landrat Dummheiten gemacht hat, so gehört das zur Demokratie. Aber in den Städten haben wir nicht überall diese Entwicklung zur Demokratie, und manche Stadtbewohner könnten aus der Entwicklung im Dorfe einiges lernen.

Ich möchte zunächst sagen, daß es auf Grund der voraussichtlich guten Ernte möglich sein wird, schon in nächster Zeit eine gewisse Verbesserung der Lebensmittelversorgung der unteren Kategorien durchzuführen. Sie wissen, daß entsprechende Anträge an die sowjetische Militär-Verwaltung gestellt wurden. Wahrscheinlich werden diese Wünsche berücksichtigt und gewisse Erhöhungen der unteren Versorgergruppen erreicht werden. Aber das genügt nicht. Mit Recht stellt man die Frage: Was wird mit den freien Spitzen? Sie wissen alle, daß wir streng den Grundsatz einhalten wollen, daß dem Bauern sein Ablieferungssoll mitgeteilt wird, daß er aber über die landwirtschaftlichen Produkte, die er nach der Erfüllung des Ablieferungssolls behält, frei verfügen kann. An diesem Prinzip werden wir festhalten. Aber unter den gegenwärtigen Bedingungen des Mangels muß verhindert werden, daß die freien Spitzen auf den Schwarzen Markt wandern. Deshalb stellen wir den Vorschlag zur Diskussion, den landwirtschaftlichen Genossenschaften zu erlauben, die freien Spitzen von den Bauern aufzukaufen, wenn auch zu etwas höheren Preisen. (Bravo!) Das heißt: durch den Aufkauf der freien Spitzen durch die landwirtschaftlichen Genossenschaften können wir erreichen, daß weniger landwirt-

schaftliche Produkte auf den Schwarzen Markt wandern. Wenn diese Maßnahme mit einer großen Aufklärungsarbeit unter den Bauern verbunden wird, können wir erreichen, daß der größte Teil der freien Spitzen auf diese Weise aufgekauft werden kann und somit für die Schulspeisung, die Versorgung von Fabrikküchen und auch für den Verkauf in den Läden der Industriestädte zur Verfügung steht.

Dieses Verfahren erfordert, daß eine bessere Versorgung der Bauern mit Industriewaren erfolgt. Es ist unmöglich, daß es in der Stadt Zigaretten auf Karten gab, der Bauer jedoch auf direktem Wege überhaupt keine erhielt. Er konnte sie nur durch die Schieber bekommen. Wie wäre es, wenn wir durch die Abteilungen Handel und Versorgung bei den Landes- und Kreisverwaltungen den Bauern bestimmte Waren zur Verfügung stellen und sie verpflichten, die freien Spitzen abzuliefern? Warum können wir nicht organisieren, daß die Bauern die freien Spitzen z. B. an Obst an die landwirtschaftlichen Genossenschaften abliefern, während diese sich verpflichten, den Bauern eine bestimmte Menge Zucker zu liefern? Das ist absolut möglich. Man kann nicht eine Landwirtschaftspolitik machen, daß man dem Bauern alle seine Produkte wegnimmt, ihm aber keine Industriewaren gibt. Der Bauer ist ein Privateigentümer. Man muß den Bauern nehmen, wie er ist, und muß ihn anregen, möglichst viele landwirtschaftliche Produkte zu erzeugen und noch mehr zu arbeiten als bisher. Dafür bekommt er gewisse Prämien, indem er für die freien Spitzen etwas höhere Preise erhält. Das ist die einzig reale Möglichkeit, die landwirtschaftliche Produktion zu fördern, die Versorgung der Industriestädte zu verbessern und eine verständnisvolle Zusammenarbeit von Stadt- und Landbevölkerung zu erreichen.

Ich bin der Meinung, daß man damit Schluß machen muß, daß die Polizei den kleinen Leuten

ein paar Kilo Kartoffeln beschlagnahmt, die sie sich auf dem Dorf gekauft haben. (Rufe: Ausgezeichnet! Sehr gut! Lebhaftige Zustimmung.) Das ist nicht die Aufgabe der Polizei. Die Polizei soll für Ordnung sorgen, sie soll suchen, wo die aktiven Faschisten stecken, wo sich faschistische Agenten herumtreiben. Sie soll die Ordnung sichern und die großen Schieber fassen, aber die kleinen Leute in Ruhe lassen. (Beifall.) Wir wollen daran mithelfen, daß die Polizei zu einer Volkspolizei wird und daß nicht bei der Bevölkerung der Eindruck entsteht, als führe die Polizei Maßnahmen durch, die nicht den Interessen der Gesamtbevölkerung entsprechen. Mit der Beschlagnahme von einigen Kilo Lebensmitteln wird ja der Schwarzhandel nicht bekämpft. Das bringt nur Unzufriedenheit und nützt absolut nichts.

Sie sehen also, wir haben einen bestimmten Plan für die gesamte Ernährungspolitik. Ich weiß, es gibt Leute, die dagegen Einwendungen machen. Es gibt Arbeiter, die sagen: Warum beschlagnahmt ihr nicht alles? Warum nicht? Weil wir nicht die Methode der Nazis anwenden wollen, deshalb tun wir das nicht! Wir unterscheiden uns bewußt von dieser Methode und sagen: Es muß eine Ordnung geschaffen werden, daß der Bauer im Frühjahr erfährt, wie hoch sein Ablieferungssoll ist, und daß niemand das Recht hat, ihn zu höheren Ablieferungen zu zwingen. Ich weiß, daß wir diese Verpflichtung den Bauern gegenüber in diesem Jahr nicht haben einhalten können. Den Bauern wurde mehr weggenommen, als ursprünglich festgelegt war. Das hing mit besonderen Schwierigkeiten zusammen. Aber allmählich muß eine Ordnung geschaffen werden, daß der Bauer weiß, wieviel landwirtschaftliche Erzeugnisse angebaut werden müssen und wieviel er davon abliefern soll. Wenn er gut arbeitet, hat er mehr freie Spitzen, die er zu höheren Preisen verkaufen kann. Wir glauben, daß diese Politik, die sich bisher

schon bewährt hat, in Zukunft noch mehr Nutzen bringen wird.

Notwendig scheint mir vor allem eine größere Hilfe für die Neubauern und eine schnellere Entwicklung der landwirtschaftlichen Genossenschaften. Das ist auch deshalb notwendig, weil immer mehr Wucherer im Dorf ihr Unwesen treiben, die zu Wucherpreisen Vieh einkaufen und wieder verkaufen. Dem muß man mit Hilfe der landwirtschaftlichen Genossenschaften ein Ende bereiten.

Der Stand der landwirtschaftlichen Genossenschaften war am 21. 5. 1946 folgender:

Mecklenburg	1226	Genossenschaften mit	86196	Mitgliedern
Brandenburg	1695	„	157158	„
Prov. Sachsen	1404	„	265680	„
Thüringen	1225	„	150853	„
Ld. Sachsen	762	„	128293	„
zusammen	6312	Genossenschaften mit	788180	Mitgliedern

Diese 6312 Genossenschaften in der sowjetisch besetzten Zone verteilen sich auf:

Kreditgenossenschaften	2927
Ein- und Verkaufgenossenschaften	385
Viehverwertungsgenossenschaften	103
Elektrizitätsgenossenschaften	1142
Obst- und Gemüseverwertungsgenossenschaften	34
Milchlieferungsgenossenschaften	246
Molkereigenossenschaften	726
sonstige Genossenschaften	749

Bemerkenswert an dieser Aufstellung ist die geringe Anzahl von Waren- bzw. Ein- und Verkaufgenossenschaften. Wenn die landwirtschaftlichen Genossenschaften maßgeblich bei

der Erfassung der bäuerlichen Produkte und besonders der überschüssigen freien Mengen eingeschaltet werden sollen, muß die Zahl der bestehenden Warengenossenschaften bedeutend erhöht werden.

Es ist bekannt, daß die Lage der Bauern sehr ungleichmäßig und unterschiedlich ist. Es gibt Bauern, die einen verhältnismäßig guten Viehbestand haben, während andere fast gar kein Vieh besitzen. In einigen Gebieten wurde der Vorschlag gemacht, daß man den Bauern, die zuviel Vieh haben, Vieh wegnehmen soll, um es den anderen zu geben. Es wurde sogar erklärt, daß man das auf Befehl des Landrats durchführen könne. Wir sind gegen solche Zwangsmaßnahmen. (Sehr richtig!) Wir sind dafür, daß die Groß- und Mittelbauern auf dem Wege der Volkssolidarität überzeugt werden, daß sie von ihrem großen Viehbestand einen Teil an die Klein- und Neubauern verkaufen sollen. Das wollen wir aber nur auf dem Wege der Überzeugung und nicht durch Befehl erreichen. Am besten erfolgt der Verkauf durch die landwirtschaftlichen Genossenschaften. Es hat sich erwiesen, daß manche private Viehhändler gutes Vieh verschachert und den Neubauern schlechtes angeboten haben. Im Kreise Lebus war z. B. eine private Gesellschaft mit dem Ankauf des Viehes betraut worden. Diese forderte Wucherpreise, z. B. für eine Kuh bis 1200 Mark.

Ich sagte schon, daß wir gegen Zwangsmaßnahmen gegen die Bauern sind. Es geht nicht nur um die Sicherung der Versorgung und darum, den Bauern zur Mehrarbeit und zur Mehrerzeugung zu veranlassen, sondern es geht um die Frage des Verhältnisses des werktätigen Volkes der Stadt zur Bauernschaft. (Sehr gut!) Man muß mit der verhängnisvollen Tradition in Deutschland Schluß machen, daß gewisse Reaktionen die Bauern gegen die Arbeiter und die Arbeiter gegen die Bauern treiben. Wir müssen uns leiten lassen von dem höheren Gesichtspunkt der Entwicklung und

Festigung des Bündnisses zwischen dem werktätigen Volk in der Stadt und der Bauernschaft. Wir dürfen nicht zulassen, daß irgendwelche Maßnahmen von der Polizei oder den Bürgermeistern durchgeführt werden, die von der Bauernschaft als feindliche Maßnahmen seitens der Arbeiterschaft aufgefaßt werden. Unsere Politik muß von dem Willen geleitet sein, die Einheit des werktätigen Volkes der Stadt und des Landes ein für allemal zu sichern. Das ist auch die Frage der Einheit aller demokratischen Kräfte über die Zonengrenzen hinweg.

Fragen der Wirtschaftsplanung

Wie steht es nun mit unserer Wirtschaft? Sie spüren täglich, in welcher ungeheurer Not wir uns befinden, wie es sozusagen an allem mangelt. Wie können wir aus dieser Notlage herauskommen? Nur mit Hilfe einer systematischen Wirtschaftsplanung.

Gestatten Sie, daß ich Ihnen ein paar einfache Beispiele aus Thüringen nenne. In der Metallindustrie in Thüringen wurden folgende Waren hergestellt: Aschenbecher im Werte von 24 600 RM, Feuerzeuge im Werte von 117 000 RM. In der Holzindustrie wurden hergestellt: Tabakpfeifen im Werte von 174 000 RM, Kinderspielwaren im Werte von 30 000 RM. Weiter wurden erzeugt Einkaufstaschen und -netze im Werte von 66 500 RM. Sie werden mit mir übereinstimmen, wenn ich sage, daß gegenwärtig noch gewisse Waren produziert werden, die wir nicht unbedingt brauchen (Zustimmung) und daß wir zu einer Wirtschaftsplanung übergehen müssen, die die Gewähr für eine richtige Verwertung der Rohstoffe und Antriebskraft bietet. In einigen Gebieten wird über den Mangel an Ersatzteilen für landwirtschaftliche Maschinen geklagt. Man sagt, dafür sei nicht genügend Eisen da. Ich glaube, daß manches Kilogramm Eisen und Stahl für unwich-

tige Zwecke verwendet wird. Wir müssen daher eine Wirtschaftsplanung erreichen, die es uns ermöglicht, die vorhandenen Rohstoffe richtig zu verwenden und die gewährleistet, daß solche Industrieprodukte und Ersatzteile hergestellt werden, die wir am dringendsten brauchen.

Bei einer Kontrolle in einer Provinz habe ich festgestellt, daß die Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe sich über das Fehlen von landwirtschaftlichen Geräten beklagte. Es fehlt besonders an Sensen. Bei einer Prüfung in der Abteilung Wirtschaft ergab sich, daß im Wirtschaftsplan die Herstellung landwirtschaftlicher Geräte absolut vernachlässigt war.

In der schweren Lage, in der wir uns heute befinden, kann der beste Verwaltungsapparat die Schwächen und Fehler allein nicht überwinden. Eine engere Zusammenarbeit der verschiedenen Abteilungen und Ämter ist nötig, aber auch mehr Vorschläge und mehr gesunde Kritik von unten, von den einfachen Werktätigen. Es muß erreicht werden, daß die Fragen der Wirtschaft offen vor der Bevölkerung gestellt und offen in den Gewerkschaftsversammlungen behandelt werden. Es darf nicht vorkommen, daß in der gesamten sowjetischen Zone mindestens 40 000 Sensen fehlen. In diesem Falle hätte man rechtzeitig bestimmte Betriebe bestimmen müssen, die die Sensen herstellen sollen. Man wendet ein: Wir haben nicht überall den entsprechenden Stahl. Ich weiß, überall gibt es ihn nicht, aber an einzelnen Stellen gibt es doch solchen. Es kommt darauf an, daß das produziert wird, was vordringlich notwendig ist. Heute ist es aber leider so, daß auch einige Unternehmer nicht das dringend Nötwendige produzieren, sondern ganz nebensächliche Dinge, nur weil sie annehmen, damit mehr verdienen und mehr Kompensationsgeschäfte machen zu können. Es genügt nicht, Produktionsaufträge von Berlin, aus oder von der

Landesverwaltung zu geben. Es ist notwendig, bei der Wirtschaftsplanung die ganze Initiative aller Kräfte der Wirtschaft einzusetzen: die Direktoren der landeseigenen Betriebe, der Unternehmer, der Handwerksmeister usw. Alle sollen mitarbeiten, Vorschläge machen und die vorhandenen Fehler aufdecken.

Für jeden Kreis und jede Stadt muß ein Plan ausgearbeitet werden. Es gibt in jedem Kreise bestimmt wirtschaftliche Reserven. Vielleicht haben sie keine Ziegeleien oder für die Ziegeleien keine Kohle, dann muß man andere Methoden anwenden, um künstliche Bausteine zu erzeugen. Das kann man in den meisten Kreisen. So findet man überall Wege, um den Neubauern bei der Errichtung ihrer Gebäude oder in der Stadt bei der Reparatur der bombenzerstörten Wohnungen zu helfen. Die Initiative in den Kreisen der Wirtschaft, der Gewerkschaftler usw. ist bisher ungenügend. Bisher ist der Wirtschaftsplan, soweit er existierte, ein Geheimnis der Wirtschaftsabteilung. Ich weiß, woran es liegt und weiß auch, daß man das nicht schon im nächsten Monat ändern kann, aber im Laufe der nächsten Monate muß es geändert werden können, weil wir auf dem bisherigen Wege nicht weiter kommen. Man kann nicht die Arbeitsmoral heben, wenn die Arbeiter nicht wissen, wenn sie nicht genügend verstehen, worum es eigentlich geht. (Sehr gut!) Deshalb muß die Wirtschaftsplanung allmählich entwickelt werden.

Man hat uns gefragt: Wollt ihr nicht doch eine totale Planung? Ich möchte ganz offen sagen, das wollen wir nicht nur nicht, sondern das können wir auch gar nicht. Wir sind unter den Bedingungen einer demokratischen Wirtschaft gar nicht imstande, alles zu planen. Das kann man in einer sozialistischen Wirtschaft, wo die Produktionsmittel im Besitz der sozialistischen Gesellschaft sind, aber nicht in der gegenwärtigen demokratischen Wirtschaft. Das heißt, auch in

der demokratischen Wirtschaft gilt der Grundsatz, daß die einzelnen Betriebe ein Produktionsoll bekommen, und daß sie darüber hinaus produzieren und frei verkaufen können.

Wir haben bisher erreicht, daß die Arbeitslosigkeit in der sowjetisch besetzten Zone beseitigt wurde. Die Menschen, die heute noch arbeitslos sind, sind fast alle nur zum Teil arbeitsfähig. Wenn wir die Wirtschaft weiter entwickeln wollen, stoßen wir bereits auf das Problem der Umschulung und Heranschulung neuer Arbeitskräfte. Wir stehen in den nächsten Monaten vor der Frage, daß die Arbeitskräfte nicht ausreichen. In der Provinz Sachsen besteht gegenwärtig schon ein direkter Arbeitermangel und auch in den anderen Gebieten wird bald eine ähnliche Lage eintreten. Was muß also geschehen? Wir müssen eine gewisse Umgruppierung durchführen in der Weise, daß bestimmte Berufszweige für Kriegsbeschädigte, für Frauen usw. freigemacht werden und die gesunden Arbeitskräfte in anderen Berufszweigen tätig sind. Vor allem müssen wir der Jugend helfen, einen Beruf zu lernen. (Sehr richtig!) Wir müssen erreichen, daß die Handwerksmeister jede Möglichkeit zur Ausbildung von Lehrlingen ausnutzen und daß in den Betrieben Jugendliche, Mädchen und Jungen, als angelernte Arbeitskräfte eingesetzt werden und ihnen die Möglichkeit gegeben wird, einen Beruf zu lernen.

Ich habe gehört, daß man in einem Gebiet ein Arbeitsjahr eingeführt hat. Als wir das erfahren, haben wir sofort dagegen protestiert. Wozu brauchen wir das? Wir sind absolut imstande, mit unserer Wirtschaftspolitik zu erreichen, daß die Jugendlichen entweder bei Handwerksmeistern oder in anderen Betrieben lernen oder daß ein Teil der Jugendlichen in der Landwirtschaft eingesetzt wird. Dazu braucht man kein Zwangsarbeitsjahr oder ähnliche Maßnahmen ein-

zuführen. Wenn wir nicht imstande sind, durch unsere Wirtschaftsorgane, durch die Abteilungen Arbeit usw. die Arbeitskräfte heranzuziehen, so zeigt das, daß gewisse Mängel in der Arbeit dieser Organe bestehen. Es muß uns ohne Zwangsmaßnahmen gelingen, die Jugendlichen zu regelrechter Arbeit heranzuziehen.

Bei der Durchführung der gesamten Wirtschaftsplanung müssen wir noch mehr als bisher die Verbesserung der Versorgung der Bevölkerung mit bestimmten Gebrauchsgegenständen vor Beginn des Winters berücksichtigen. Es handelt sich da z. B. um die Beschaffung von Stopfgarn und dergl. für Frauen, um die bessere Zuteilung von Rohstoffen an die Handwerker, weil ja in den nächsten Jahren die Versorgung der Bevölkerung hauptsächlich durch die Handwerksbetriebe erfolgen wird. Deshalb müssen wir die Versorgung des Handwerks im Rohstoffplan mehr als bisher berücksichtigen. Man muß zunächst erreichen, daß man Schuhsohlen bekommt. Man fragt sich z. B., wie es kommt, daß für Arbeiter nicht genügend Holzschuhe da sind. Niemand wird behaupten wollen, daß es dafür kein Holz gibt. Warum fehlen also Holzpantoffeln und Holzschuhe für die Arbeiter? Mir scheint es notwendig zu sein, daß die Planabteilung eine Reihe von Produktionsaufträgen für solche Gebrauchsgüter gibt. In der sowjetischen Zone wurde im Quartalsplan die Herstellung einer bestimmten Menge von Holzschuhen vorgesehen. Ebenso war die Herstellung von Stoffschuhen für Frauen im Sommer vorgesehen. Diese Produktionspläne sind nicht erfüllt. Die Wirtschaftsabteilung möge also prüfen, warum die einfachsten, aber dringend notwendigen Gebrauchsartikel nicht hergestellt werden.

Ich habe schon auf die besondere Bedeutung hingewiesen, die das Handwerk in der gegenwärtigen Situation für die Entwicklung unserer Wirtschaft hat. Während der Nazizeit wurde das Hand-

werk von den großen Konzernen, Kartellen usw. kommandiert und war gewissermaßen nur ein Rädchen im System der Kriegswirtschaft. Jetzt ist die Lage eine andere. Wir sagen ganz klar, daß in den nächsten Jahren die Versorgung der Bevölkerung von der Entwicklung des Handwerks abhängig sein wird. Deshalb sind wir an einer schnelleren Entwicklung des Handwerks interessiert. Wenn in der Landwirtschaft eine große Zahl von Geräten repariert wurde, so ist das vor allen Dingen dem Handwerker zu danken. Aber wir müssen dem Handwerk auch mehr helfen. Wir müssen den Handwerkern mehr Rohstoffe auf Grund des Rohstoffplans zuweisen und die Belieferung mit Rohstoffen vereinfachen. Das kann vielleicht dadurch geschehen, daß die Handwerker-Genossenschaften ausgebaut werden, um so die Belieferung mit Rohstoffen zu erleichtern. Für das Handwerk muß weiter eine gewisse Ordnung geschaffen werden. Der Arbeitseinsatz muß geregelt werden. Nicht jeder hat das Recht, Aufträge an das Handwerk zu geben. Es ist zu fordern, daß bei den Arbeitsämtern besondere Berater eingesetzt werden, die Vertreter des Handwerks sind und dafür sorgen, daß ein regulärer Arbeitseinsatz des Handwerks erfolgt und nicht Arbeitskräfte vergeudet oder falsch eingesetzt werden.

Um die wirtschaftliche Einheit Deutschlands

Bei der Durchführung der Wirtschaftspolitik stoßen wir infolge der Einteilung Deutschlands in vier Zonen auf eine Reihe von Schwierigkeiten. Wie kann man sie vermindern und allmählich überwinden? Das erste und leichteste ist wohl, daß wir den Kampf führen gegen die Berge von Lügen, die gegenwärtig die verschiedenen Zonen trennen. Präsident Dr. Paul hat vorhin schon ein paar Beispiele angeführt.

Aber was sagen Sie dazu, wenn es aus Anlaß der Leipziger Messe vorgekommen ist, daß eine Amtsstelle in der Stadt Hannover den Geschäftsreisenden, die zur Leipziger Messe reisen wollten, mitteilte, sie müßten sich mit Trinkwasser und voller Verpflegung versehen (Heiterkeit). Das war eine amtliche Stelle! In München wurden vor Abfahrt des Sonderzuges Gerüchte verbreitet, die Leipziger Messe sei abgesagt, ebenso in Hamburg. Leute, die nach Leipzig kamen, hatten vielfach ihre Wertsachen zu Hause gelassen, weil sie annahmen, sie würden auf der Leipziger Messe alles los werden. (Erneute Heiterkeit.) Sie waren dann erschrocken, als sie in Leipzig sehr normale Verhältnisse vorfanden und wären froh gewesen, wenn das überall so wäre. (Hört, hört! und heitere Zustimmung.) Das erste also, was wir ändern müssen, ist die Beseitigung der Lügenmauer. Von wem wurde sie geschaffen und wozu? Sie wurde aufgerichtet von gewissen Kreisen der Großgrundbesitzer, die aus bekannten Gründen aus der Sowjetzone nach dem Westen gegangen sind. Die Lügen wurden verbreitet von solchen Leuten, die dem Hugenberg-Konzern nahe stehen, von den Kreisen der Konzernherren, der großen Unternehmerorganisationen, die ihren Sitz in Düsseldorf haben. Diese Kreise haben ein Interesse an solchen Gerüchten, weil sie vor der Demokratie Angst haben. Vor nichts haben sie mehr Angst als davor, daß die Demokratie sich auch in den Westgebieten entwickelt. Deshalb ist es vor allem notwendig, überall die Wahrheit über die Verhältnisse und die Entwicklungsbedingungen in der sowjetisch besetzten Zone zu verbreiten.

Die Leipziger Messe war ein Fortschritt auf dem Wege zur Wiederherstellung der Geschäftsverbindungen über die Zonengrenzen hinweg und wir glauben, daß diejenigen, die an der Gestaltung der Messe so erfolgreich gearbeitet haben, sich ein großes Verdienst erwarben. Der nächste Schritt auf dem Wege waren

dann die Vertragsverhandlungen zwischen den Vertretern der amerikanischen und der sowjetischen Besatzungszone, die auch zu einem positiven Ergebnis führten. Dabei wurde vereinbart, welche Waren aus der Sowjetzone geliefert werden und welche Waren dafür aus der amerikanischen Zone hierher kommen. Es ist eine falsche Auffassung, wenn einige Herren der Meinung sind, Handel bestehe darin, daß die einen geben und die anderen keine Gegenleistungen nötig haben. Wenn kürzlich ein Vertreter im Westen die Frage stellte, wann es möglich sei, Lebensmittel aus der sowjetischen Zone für die englische Zone zu erhalten, so ist das doch eine etwas illusionäre Auffassung. Wir sind sehr erfreut, daß nun auch im Westen unsere demokratische Landwirtschaftspolitik anerkannt wird und man sogar an den Früchten der Bodenreform teilhaben will, aber so billig geht es doch nicht. Wenn Samen oder andere Waren geliefert werden sollen, so nicht im Austausch gegen Papiergeld, sondern z. B. gegen Pferde.

Wir wollen alles tun, um diesen Handel möglichst schnell in Gang zu bringen. Aber hier gibt es gewisse Hindernisse, die nicht in der Wirtschaftsstruktur begründet sind, sondern ihre Ursache darin haben, daß es gewisse Wirtschaftsführer im Westen gibt, die kein Interesse an dieser Wirtschaftspolitik haben. Natürlich ist es schwer, mit den alten Imperialisten von der Guten Hoffnungshütte oder vom Verband der Eisenhüttenleute Verhandlungen zu führen. Diese Herren haben ein Interesse daran, daß die chinesische Mauer bleibt, daß Deutschland in 11 oder 13 Staaten aufgeteilt wird.

Wir sprechen den Wunsch aus, daß es bald gelingen möge, nicht nur die wirtschaftlichen Verbindungen schnell zu verbessern, sondern Staatssekretariate für ganz Deutschland zu richten, um auf diesem Wege schneller zu einer wirt-

schaftlichen Einheit Deutschlands zu kommen. Wir begrüßen es — und es entspricht völlig den Auffassungen des Blocks der antifaschistisch-demokratischen Parteien —, daß möglichst bald solche Staatssekretariate als Übergang zu einer deutschen demokratischen Regierung gebildet werden, die die Fähigkeit hat, eine neue demokratische Ordnung in ganz Deutschland aufzubauen, die Reste des Faschismus zu liquidieren, eine Wirtschaftspolitik zu treiben, durch die allmählich die Kriegsfolgen überwunden werden, die Reparationen zu leisten und die Versorgung der Bevölkerung Schritt für Schritt zu verbessern. Wenn wir einheitlich und geschlossen den Kampf mit diesem Ziel führen und alle demokratischen Kräfte in allen Teilen Deutschlands aufs engste zusammenarbeiten, dann werden wir auch vorwärts kommen.

Kürzlich erklärte der Führer der Sozialdemokratie in der englischen Zone, die Tragödie Deutschlands bestehe darin, daß sich die Besatzungsmächte nicht einig seien. Ich bin mit dieser Einschätzung der Lage nicht einverstanden. Vielmehr scheint mir die Tragödie Deutschlands darin zu bestehen, daß sich die deutsche Arbeiterklasse und das deutsche Volk noch nicht einig sind. (Lebhafte Zustimmung.)

Wenn sich die deutsche Arbeiterschaft und das deutsche Volk einig wären, wäre es doch gelacht, wenn nicht die Einheit Deutschlands und seine wirtschaftliche Entwicklung gesichert werden könnten. (Sehr richtig!) Wenn die vier Besatzungsmächte sehen, daß das deutsche Volk sich in der Liquidierung der Macht der Kriegsverbrecher, in der Überwindung der alten nazistischen Ideologie, im demokratischen Aufbau einig ist, dann werden wir das Vertrauen der anderen Völker gewinnen, und auch manche Erleichterungen in bezug auf die Besatzung bekommen. Aber solange wir nicht bewiesen haben, daß wir fähig sind, einen neuen

Weg zu gehen und eine neue Ordnung zu schaffen, können wir nicht verlangen, daß uns die anderen Völker Vertrauen auf Vorschub geben. Es ist eine große geschichtliche Aufgabe, vor der wir stehen.

Der Hitlerfaschismus hatte in seinem Programm den Übergang von der Handelspolitik der Vergangenheit zur Bodenpolitik der Zukunft verkündet. Damit ist er von den friedlichen Handels- und Wirtschaftsbeziehungen zur Politik der Eroberung fremder Länder übergegangen. Das war das Grundprinzip der gesamten faschistischen Politik. Das war die Fortsetzung der alten deutschnationalen Politik und auch im wesentlichen die Politik der Deutschen Volkspartei. Jetzt müssen wir einen anderen Weg gehen:

den Weg der friedlichen Arbeit, des friedlichen Aufbaus, der Schaffung einer fortschrittlichen demokratischen Ordnung, in der des Volkes Wille das oberste Gesetz ist.

In dem Maße, wie wir mit unseren Kräften diese Aufgaben lösen und die Einheit der antifaschistisch-demokratischen Parteien in Deutschland gesichert wird, in dem Maße, wie unser Volk sich über die Zukunft Deutschlands klar wird, in dem Maße werden wir das Vertrauen der anderen Völker gewinnen und werden uns wieder in den Kreis der Völker einreihen können. Diesen neuen Weg gilt es mutig und entschlossen zu gehen und alle Schwierigkeiten mit gemeinsamen Kräften zu überwinden. Wenn wir das tun und wenn wir hier in der Sowjetzone dafür ein Vorbild geben, so wird es auch in anderen Gebieten Deutschlands nachgeahmt werden. Indem wir hier die fortschrittliche demokratische Ordnung schaffen, werden wir dazu beitragen, die Einheit Deutschlands und damit die Zukunft unseres deutschen Volkes zu sichern. (Stürmischer Beifall.)

Schlußwort

Nach der vollen Übereinstimmung in der Diskussion kann ich mich kurz fassen. Es wurde hier von der Wirtschaftsplanung gesprochen und darauf hingewiesen, daß sie nur bedingt sei durch die außerordentlichen Schwierigkeiten, die durch die Folgen des Hitlerkrieges eingetreten sind. Über die Frage der Dauer von Wirtschaftsplanungen brauchen wir uns heute hier nicht zu unterhalten. (Sehr richtig!) Der Ruin Deutschlands ist so ungeheuerlich, daß wir die Wirtschaftspolitik, wie wir sie hier dargelegt haben, noch sehr lange, und zwar gemeinsam durchführen müssen. Wenn Sie bedenken, wie stark die deutschen Städte zertrümmert sind und was dem deutschen Volke alles fehlt, so können Sie selbst berechnen, wie lange Zeit wir brauchen, um diesen Ruin zu überwinden. Deshalb ist es auch ganz überflüssig, sich heute darüber zu unterhalten, bis wann und ob man die Wirtschaftsplanung weiter führt oder nicht. Für die nächsten 20 Jahre werden wir uns schon auf eine Wirtschaftsplanung einstellen müssen, und dann können wir uns unterhalten, wie es weiter gehen soll. (Heiterkeit.)

Gestatten Sie noch ein Wort der freien Persönlichkeit! Ich glaube, es ist eine zu enge Fassung des Begriffs der freien Persönlichkeit und der Entwicklung der Persönlichkeitswerte, wenn man dabei nur an den Privatunternehmer denkt. (Lebhafte Zustimmung.) Das ist nicht nur zu eng gefaßt, sondern das ist auch nicht richtig demokratisch gesehen. Es gibt technische Ingenieure, die heute Betriebsleiter sind, deren In-

itiative große Bedeutung für die weitere Entwicklung der Wirtschaft hat (sehr richtig!), die eine große Verantwortung tragen, die nicht geringer ist als die der Privatunternehmer. Ich möchte sogar sagen, daß der Ingenieur, der frühere Gewerkschaftsfunktionär oder ein anderer Fachmann in der Wirtschaft, der heute einen landeseigenen Betrieb lenkt und seine ganze Kraft für den Betrieb einsetzt, damit zeigt, welcher hohen Persönlichkeitswert er besitzt. (Lebhafter Beifall.) Obwohl er also keinen anderen Anreiz hat als ein verhältnismäßig hohes Gehalt, leistet er mindestens ebensoviel wie ein Unternehmer, der aus seinem Betrieb Gewinn zieht. Also ich denke, man soll den Begriff des Persönlichkeitswertes nicht so verengen, sondern ihn demokratisch erweitern und auf einen breiteren Kreis ausdehnen.

Dann wurde hier die Frage des Obrigkeitsstaats gestellt. Mit Recht wurde darauf hingewiesen, daß es gewisse bürokratische Erscheinungen gibt, die man überwinden muß, und zwar möglichst schnell. Es ist ganz natürlich, daß es in einem Lande, in dem 12½ Jahre der Faschismus geherrscht hat, nicht leicht ist, eine neue Verwaltung aufzubauen, denn die Menschen sind doch noch nicht umerzogen; sie haben noch keine neuen Erfahrungen, sondern tun aus Gewohnheit noch manches, was ihnen in diesen 12½ Jahren beigebracht wurde und was sie aus der früheren Zeit, der preußischen Tradition übernommen haben. Solche Tendenzen sind vorhanden. In der ersten Zeit bestand die Schwierigkeit darin, daß man vor allen Dingen einen neuen Apparat aufbauen mußte. Mancher hat unter den ungeheuren Schwierigkeiten des Tages die neue Verwaltung nicht genügend demokratisch entwickelt. Es gibt manchen Verwaltungsangestellten, der etwas verbürokratisiert ist. Das muß man jetzt auf demokratische Weise ändern. Jetzt werden die Bürgermeister und Landräte Bericht erstatten. Dem Bürgermeister und Landrat, der unter sehr schweren Bedingungen gear-

beitet hat und noch arbeitet, soll man Gerechtigkeit widerfahren lassen, aber man soll offen aussprechen, wo Schwächen sind und wo Fehler gemacht wurden. Ich sage ganz offen für meine Partei, für die Sozialistische Einheitspartei: Wenn in einer Stadt ein Bürgermeister Bericht erstattet, so hat die Partei die Pflicht, ihren Standpunkt als Partei zu vertreten und wenn Fehler gemacht wurden, das offen zu kritisieren. Ich hoffe, das die anderen Parteien ähnliche Methoden anwenden; das wäre ein Fortschritt für uns, weil mehrere Köpfe immerhin bessere Resultate hervorbringen als einer allein. (Sehr gut!) Deshalb ist es notwendig, einen demokratischen Meinungsaustausch durchzuführen, auch wenn einmal etwas gesagt wird, was dem einen oder anderen nicht sehr angenehm in den Ohren klingt.

Aber das wichtigste scheint mir zu sein, daß in das Bewußtsein unseres Volkes die Erkenntnis über das Wesen einer fortschrittlichen Demokratie hineingetragen wird. Das ist noch nicht überall klar. Wir sind uns darüber einig, daß die Grundlage einer fortschrittlichen Demokratie die Beseitigung der Macht der Konzerne, Großbanken und Großgrundbesitzer ist. Das ist eine Voraussetzung für eine fortschrittliche Demokratie. Zur Entwicklung dieser Demokratie ist es notwendig, daß das Volk bei der Beratung und Durchführung der Beschlüsse mitwirkt. In einer fortschrittlichen Demokratie gibt es Rückberufungsrecht für die Vertreter des Volkes, nicht so, wie in Württemberg, wo in der Verfassung vorgesehen ist, daß der Präsident auf 7 Jahre gewählt wird, und er bekommt dazu noch einen Senat, sodaß er das Parlament ausschalten kann. Das hat mit Demokratie nichts zu tun und ist der Versuch, vom faschistischen auf ein autoritäres System überzugehen. Wir wollen, daß in der Tat das Parlament, auch das Gemeindeparlament die höchste Instanz ist. Das Parlament soll als höchste gesetzgebende Instanz bestimmen und zur Mitarbeit sollen überall von der Lan-

desverwaltung bis hinunter zu den Gemeinden die besten Vertreter aus dem Volke herangezogen werden. In verschiedenen Ausschüssen, Kommissionen usw. sollen neue Kräfte bei der Durchführung der Beschlüsse mithelfen. Fortschrittliche Demokratie — das bedeutet, daß die alte Kluft zwischen Verwaltungsapparat und Volk liquidiert wird, daß jener alte Zustand überwunden wird, bei dem das Parlament zwar Beschlüsse faßte, aber die Beamten auf Lebenszeit angestellt wurden und glaubten, sie ständen über dem Volke und über dem Parlament. Dieser Zustand muß überwunden werden. Das ist der Sinn des Kampfes um eine fortschrittliche Demokratie.

Von diesem Standpunkt aus ist die Schaffung eines Staatssekretariats für Justiz nach meiner Meinung nicht die erste Aufgabe. Warum? Weil die Justiz am wenigsten gesäubert ist (sehr richtig), weil dort die meisten Faschisten sitzen. Ich denke, die erste Aufgabe ist die Säuberung der Justiz und ihre Demokratisierung. (Lebhafter Beifall.) Und dann muß man ein demokratisches Recht schaffen. Zum demokratischen Recht gehört die Sicherung der Bodenreform, dazu gehört die Beseitigung bestimmter früherer Gesetze, die nicht demokratisch sind. (Sehr gut!) Das ist keine leichte Aufgabe. Ich nehme an, daß das längere Zeit in Anspruch nimmt und daß wir so, wie wir heute über Wirtschaftsfragen gesprochen haben, wahrscheinlich noch manche Konferenz über demokratisches Recht durchführen müssen, wo wir dann im Verlauf der Diskussion uns näherkommen und den Weg für die Schaffung eines demokratischen Rechtes finden. Damit ist kaum begonnen.

Die Schaffung einer fortschrittlichen Demokratie und der Aufbau eines neuen demokratischen Deutschlands erlaubt uns nicht, uns an Klischees aus anderen Ländern zu halten, sondern zwingt uns, gemeinsam den neuen Weg zu suchen, der den beonderen Entwicklungsbedingungen Deutschlands entspricht. (Leb-

hafte Zustimmung.) Wir sind schon ein ganzes Stück Weges vorangekommen, noch nicht weit, aber immerhin schon ein Stück, und wir müssen gemeinsam arbeiten, damit wir diesen demokratischen Weg finden und eine bessere Zukunft unseres Volkes erkämpfen, eine Zukunft, die auf der Einheit Deutschlands basiert. (Lebhafter Beifall.)



Preis 0,20 RM.